

## Ausschuss für Inneres und Sport

(75. - öffentliche - Sitzung am 7. Januar 2016)

### Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung und Vertreter des Nds. Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) über das Gutachten zur Novellierung des horizontalen Finanzausgleichssystems**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Abschiebungen nach Serbien, Kosovo und Albanien am 16. Dezember 2015**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

3. a) **Wegweiskurse für Flüchtlinge stärken**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3428](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung auf der Grundlage des Änderungsvorschlags der FDP-Fraktion und des Niedersächsischen Flüchtlingsrats (Vorlage 1) fort. Die Fraktionen nahmen auf dieser Grundlage die Erarbeitung einer gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung und den Abschluss der Beratung in der für den 28. Januar 2016 vorgesehenen Sitzung in Aussicht.*

- b) **„Deine Chance in Niedersachsen“ - Ein niedersächsisches Programm als Ausweg aus der Duldung**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3828](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Fraktionen nahmen die Erarbeitung einer gemeinsam getragenen Beschlussempfehlung und den Abschluss der Beratung in der für den 28. Januar 2016 vorgesehenen Sitzung in Aussicht.*

- c) **Möglichkeiten des Sports zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund besser nutzen**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3833](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er griff das Votum der mitberatenden Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe auf und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen. Zuvor war ein Antrag der beiden Oppositionsfraktionen abgelehnt worden, den Antrag zu einem der Gesprächsgegenstände für die für Anfang 2016 vorgesehene Unterredung mit dem LandesSportBund Niedersachsen zu machen.*

4. **Prävention und Intervention gegen Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit - ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4541](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und machte in seiner Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT für den federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen deutlich, dass der Ausschuss den Antrag in der vorliegenden Fassung unterstützt. Diese Stellungnahme wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion und in Abwesenheit der FDP-Fraktion angenommen.*

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die bisherigen Ergebnisse der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung bei der Landespolizei**

*Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.*

6. **Beschlussfassung über die von der Fraktion der FDP erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung über die Auswertung von Telefondaten und Durchsuchung von Wohnungen in Osnabrück im August 2014**

*Der Ausschuss stimmte dem Unterrichtungswunsch zu. Er verständigte sich darauf, zunächst um eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema zu bitten.*

7. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen COM(2015) 750 final - Bundesratsdrucksache 584/15

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung vor dem Hintergrund der entsprechenden Fristenregelungen zu EU-Angelegenheiten entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, ihm die - derzeit in Bearbeitung befindliche - Stellungnahme der Landesregierung zum entsprechenden Bundesratsverfahren zu übermitteln. Ferner bat er die Landesregierung, die Unterrichtung bei Vorlage eines neuen Sachstandes - auch im Zuge der Behandlung des Vorschlags in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe - fortzusetzen.*

8. **Flüchtlingsunterbringung erleichtern - Baurecht entrümpeln - Geruchsmissionsrichtlinie abmildern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4788](#)

*Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.*